

MB/di

p. B. 15. 11. 70. 2.

Bern, den 10. August 1970

E
ilsendung
xprès - EspressoNOTIZ für Herrn Bundesrat Gräber

Am letzten Donnerstag, als ich noch in den Ferien weilte, zufällig aber zu Hause war, hat mir über die Mittagszeit Herr Dr. Ingo Oeser, Direktor beim Aussenministerium der DDR angeläutet, um mir zu erklären, er müsse eine Mission erfüllen und möchte mich sehen. Bei Herrn Oeser handelt es sich um einen der beiden Gesprächspartner, mit denen Herr Vizedirektor Marti und ich in Sachen Handelsmission Kontakt hatten. Ich willigte ein, ihn im Hotel zu treffen.

Es stellte sich heraus, dass er dem Bundespräsidenten die in Kopie beiliegende Note Ulbrichts überreichen wollte, die sich auf die Ueberprüfung der Beziehungen DDR-Schweiz sowie auf die Unterstützung der Bestrebungen der DDR zur Aufnahme in die UNO bezieht. Eine gleichlautende Note hatte er in Wien beim Aussenministerium übergeben, nachdem der österreichische Staatspräsident offenbar abwesend war. Ich erklärte ihm, Bundespräsident Tschudi sei zur Zeit nicht in Bern, er könne aber die Note mir zur Weiterleitung überreichen. Oeser konnte sich damit einverstanden erklären, bestand aber darauf, dass ich ihn hiezu in meinem Büro empfangen. Ich sah keinen Grund, dies zu verweigern, umso mehr als Oeser mehr aus internen Gründen darauf zu bestehen schien.

In der Note wird im wesentlichen dargelegt, dass mit den wiederholten Zusammentreffen Brandts und Stophs über den Tatbestand einer de facto-Anerkennung hinausgegangen und die völkerrechtliche Situation der beiden Staaten in ihrem Verhältnis zueinander neu umrissen worden sei. Im Hinblick darauf und gestützt auf die ständig voranschrei-

- 2 -

tende Ausdehnung der Beziehungen der DDR zu Drittstaaten könne es für dritte Staaten keinen Grund mehr geben, der sie veranlassen könnte, ihre Beziehungen zur DDR/^{nicht}unabhängig von der formellen Aushandlung des Verhältnisses zwischen DDR und BRD zu regeln. Daran wird der Vorschlag geknüpft, es möchten Gespräche zwischen der schweizerischen Regierung und derjenigen der DDR geführt werden mit dem Ziel, den Status der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu überprüfen und normale Beziehungen mit der DDR aufzunehmen.

Ferner wird in der Note um Verständnis und Unterstützung geworben für die Bestrebungen der DDR um Aufnahme in die UNO und die Schweiz auch eingeladen, nach Möglichkeit der Regierung der BRD nahezu legen, Mitglied der UNO zu werden.

Ich nehme an, dass Sie den Bundespräsidenten bzw. den Bundesrat anlässlich der Sitzung vom 12. August von diesem Schritt Ulbrichts unterrichten wollen.

Wie erwähnt, wurde ein entsprechendes Dokument an den österreichischen Bundespräsidenten übermittelt. Auch Schweden erhielt die Note durch Vermittlung des Aussenministeriums in Prag; ferner Kanada, die Niederlande, Belgien, Frankreich, Dänemark und Italien durch Vermittlung des Aussenministeriums in Warschau.

Was unsere Beziehungen zur DDR anbetrifft, so ist beabsichtigt, im September/Oktobre die Frage der Errichtung von gegenseitigen Handelsmissionen weiter abzuklären und baldmöglichst in eigentliche Verhandlungen einzutreten. Ein interner Entwurf zu einem entsprechenden Antrag an den Bundesrat liegt vor. Es wird dabei davon ausgegangen, dass eine Handelsvertretung der DDR in Zürich und nicht in Bern etabliert werden sollte und dass bezüg-

- 3 -

lich der Möglichkeiten zur Abklärung des Bestandes notleidender schweizerischer Vermögenswerte in der DDR noch nähere Präzisierungen von der DDR verlangt werden müssen. Ob an diesen Bedingungen, insbesondere an derjenigen des Orts noch festgehalten werden soll bzw. kann, wird m.E. im Lichte der neuesten Entwicklungen (Etablierung konsularischer Beziehungen zwischen Indien und der DDR sowie Abkommen Bonn-Moskau) schnellstmöglich überprüft werden müssen.

Die Note Ulbrichts knüpft an frühere Noten ähnlichen, aber weniger weitgehenden Inhalts an, die jeweils nicht beantwortet wurden. Das Dokument verlangt jedenfalls keine sofortige Antwort. Es wird zweckmässig sein, alle unsere Botschaften in Ländern, wo die Note ebenfalls eingetroffen ist, aufzufordern, uns mitzuteilen, was dort damit geschieht.

Der die UNO betreffende Teil geht uns weniger an, da wir dort nicht Mitglied sind. Die Frage kann sich immerhin auch in den Spezialorganisationen der UNO stellen, denen wir angehören.

Im Einvernehmen mit Herrn Botschafter Micheli werde ich der Presse eine kurze Mitteilung übergeben lassen, worin bestätigt wird, dass wir die Note ebenfalls erhalten haben.

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT
Politische Angelegenheiten
i. A. *Ulbricht*

1 Beilage

Durschlag dieser Notiz samt Beilage geht an die
Herren Botschafter Micheli, Thalmann und Jolles